

Mitteilungen an Freunde und Förderer FÜR DIE MENSCHEN RECHTE

IGFM - Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte-Deutsche Sektion e.V.,
Edisonstraße 5, 60388 Frankfurt/Main

Nr. 8
September 2025



Syrien

Den Ärmsten helfen – Solidarität zeigen

Es ist ein Schicksal inmitten eines von Krieg und Terror erschütterten Landes: Der elfjährige syrische Schüler Jamal D. hat in seinem zarten Alter schon öfter Einschneidendes erlebt, darunter mehrfach Binnenflucht und schwere Erkrankungen seiner Eltern: *„Die Familie geriet zeitweise in extreme Armut. Dabei hatte für die christlichen Eheleute alles hoffnungsvoll angefangen: Die Frau studierte noch Jura, als sie heirateten. Kriegsbedingt musste sie das Studium abbrechen. Trotz dieser Widrigkeiten hielt die Familie durch.“* Dies berichtet der Mitbegründer der Blauen Maristen aus dem syrischen Aleppo, der Arzt Dr. Nabil Antaki, in einer E-Mail an die IGFM.

Mit letzter Kraft betreute die krebserkrankte Mutter ihre Kinder beim Lernen, die sich nach jeder Vertreibung neu in den Schulstoff einarbeiten mussten. Schließlich halfen die Blauen Maristen Jamal D. und seinen Geschwistern im Rahmen ihres Bildungsprojekts mit speziellem Nachhilfeunterricht, und sie erzielten hervorragende schulische Leistungen. *„Heute sind sie ein Beweis für die transformative Kraft der Bildungsförderung, die Menschen befähigt, selbst angesichts der größten Herausforderungen erfolgreich zu sein“*, berichtet Dr. Antaki weiter.

Die Blauen Maristen sind eine humanitär engagierte Gruppe im syrischen Aleppo, bestehend aus katholischen Ordensbrüdern und ihnen verbundenen Laien. Kurz nach Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien 2011 kam die Zusammenarbeit mit der IGFM durch gemeinsame Freunde zustande. Die Initiative unterhält Nothilfe-, Bildungs- und Entwicklungsprojekte, etwa um bedürftige Familien mit Milchpulver

für ihre Säuglinge zu versorgen, oder betagten und kranken Menschen mit Medikamenten und einer warmen Mahlzeit am Tag beizustehen.

Die Sicherheitslage ist insbesondere für Angehörige religiöser Minderheiten beunruhigend: Im März 2025, drei Monate nach Übernahme der



Die Blauen Maristen fördern die Schulbildung von Kindern aus Familien, die sie wegen ihrer bitteren Armut um Hilfe zum Überleben bitten. Foto: Blaue Maristen

Macht durch Dschihad-Rebellen unter der Führung der Hay'at Tahrir al-Sham (Komitee zur Befreiung der Levante), kam es zu ersten Massakern an der Küste Syriens, denen Hunderte Alawiten zum Opfer fielen. Am 22. Juni 2025 richtete sich eine islamistische Gruppe gegen die Christen: Mindestens 22 Menschen kamen bei einem Terrorangriff auf die Mar-Elias-Kirche in Damaskus ums Leben. *„Die Christen leben nun in großer Angst und fragen sich, ob diesem Anschlag nicht weitere in anderen Städten des Landes folgen werden“*, schrieb Antaki kurz nach der Bluttat an die IGFM. Am 15. Juli erschossen Mitglieder der Syrischen Streitkräfte drusische Zivilisten in der Provinzhauptstadt as-Suwaida – angeblich, um in Auseinandersetzungen mit Beduinen einzugreifen.

Anfängliche Befürchtungen wurden auf diese Weise zur grausamen Wirklichkeit. Die IGFM möchte Angehörigen der religiösen Minderheiten in Syrien, insbesondere der großen Zahl von Christen zeigen, dass sie nicht vergessen sind. Die Blauen Maristen kennen mehr als 100 Schulkinder wie Jamal, denen schon mit 100 Euro für ein Jahr zur Fortsetzung ihrer Schulbildung geholfen werden kann. Wir bitten um ihre Unterstützung.

**Kennwort für Ihre Spende:
„Syrien“ (91)**

Liebe Freunde,

zum Zeitpunkt unseres Redaktionsschlusses ist der Ausgang der Beratungen in Alaska über das weitere Schicksal der Ukraine nicht absehbar. Die Optionen, die Experten in der Öffentlichkeit skizzieren, erinnern nicht daran, dass ein Angriffskrieg eigentlich völkerrechtlich geächtet werden sollte. So irritierend wie dieser Umstand ist die Akzeptanz, die man dem syrischen Machthaber Ahmed al-Scharaa auf dem internationalen Parkett signalisiert.

Unter dem Kampfnamen Abu Muhammad Al-Jolani war er 2012 bis 2016 Führer der aggressivsten Dschihadisten-Organisation, der Al-Nusra Front. In diese Zeit fällt auch die Ermordung von Pater Frans van der Lugt am 7. April 2014, dessen aufopferungsvollen Dienst an den Menschen im kriegserschütterten Homs die IGFM unterstützte. Berichten zufolge war die Al-Nusra Front für diese Tat verantwortlich.

Dennoch geben sich demokratische Politiker überrascht, wenn die neuen syrischen Streitkräfte Massenmorde an Alawiten und Drusen begehen. Nun müsste eigentlich untersucht werden, wie viele unschuldige Zivilisten der syrische Machthaber schon zuvor auf dem Gewissen hatte. Wir können jedoch nur erkennen, dass hier dem Recht des Stärkeren zum Sieg verholfen wird. Daher bleibt uns derzeit nur zweierlei: die Erinnerung an die Verbrechen zu bewahren und den Notleidenden unseren Beistand anzubieten.

Herzliche Grüße

Ihre

Michaela Koller

Michaela Koller



„Das Grauen in meinem Haus“

Nach einem Sieg Russlands gibt es kein ukrainisches Volk mehr

Die Ukraine braucht unsere Hilfe mehr denn je. Wer nicht mehr helfen will, muss wissen, wie die Zukunft des gesamten ukrainischen Volkes aussehen wird: Es wird das Schicksal der ukrainischen Menschen in den von Russland annektierten und besetzten ukrainischen Regionen erleiden.

Abgesehen von dem fast täglich sich verändernden Verlauf der Frontlinien seit Beginn des Überfalls Putins auf die Ukraine am 24. Februar 2022 kontrolliert Russland etwa 20 Prozent des ukrainischen Staatsgebiets inklusive der Halbinsel Krim, die es 2014 annektierte. Dazu gehören die Separatistengebiete der sogenannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk sowie die südwestlich entlang des Asowschen Meeres angrenzenden Oblaste (Bezirke) Saporischschja und Cherson. Am 30. September 2022 erklärte Russland diese vier Verwaltungsregionen – obwohl nicht vollständig besetzt – nach Scheinreferenden zu seinem Hoheitsgebiet. Von der ursprünglich dort lebenden Bevölkerung haben nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR ungefähr 2,9 Millionen Menschen die besetzten Gebiete seit Beginn der Invasion verlassen. Die IGFM schätzt, dass aktuell dort noch etwa 3,5 Millionen Menschen leben.

Erzwungene Staatsbürgerschaft – ohne russischen Pass kein Recht auf Eigentum, Gesundheits-, staatliche Versorgungs- und Dienstleistungen

Jeder Ukrainer in den besetzten, unter Kriegsrecht stehenden Gebieten muss sich einer „Zwangsfiltration“ unterziehen. Nur wer diese „besteht“, kann einen russischen Pass beantragen. Seit Anfang 2025 wird jeder ohne russischen Pass zum Ausländer. Man kann ihn ausweisen und kann ihm die Einreise verbieten. Als Ausländer können sie kein russisches Bankkonto führen, haben sie keinen Zugang zur Gesundheitsver-

sorgung oder ähnlichen staatlichen Versorgungs- und Dienstleistungen. Sie erhalten noch nicht einmal eine SIM-Karte, da der Mobilfunk unter russischer Kontrolle steht. Im Rahmen einer „Generalinventur“ werden beispielsweise alle Immobilien, Firmen, Grundstücke unter russisches Recht gestellt. Wer sich nicht durch einen russischen Pass ausweisen kann, dessen Eigentum geht in russisches Staatseigentum über. Auf



Kinder eines Kindergartens in Luhansk bilden ein „Z“ – Russlands Symbol für seinen Angriffskrieg gegen die Ukraine.

diese Weise verlieren derzeit Hunderttausende geflüchteter Ukrainer ihr gesamtes Hab und Gut.

Der Zwang, russischer Staatsbürger zu werden, macht selbst vor Entbindungsstationen nicht Halt: Der IGFM liegen Informationen vor, nach denen ukrainischen Müttern in Entbindungsstationen mit der Wegnahme des Babys gedroht wurde, wenn nicht mindestens ein Elternteil die russische Staatsbürgerschaft besitze.

Zwangsrussifizierung und Militarisierung

In allen ukrainischen Bildungseinrichtungen ist die Anwendung der ukrainischen Sprache seit Beginn 2023 verboten. Die Erziehung zu russischem Patriotismus hat höchste Priorität. Das Zeremoniell des Hissens der russischen Flagge, dem gemeinsamen Singen der russischen Hymne ist Schulalltag, sogar schon für Vorschulkinder. Ukrainische Kinder müssen im Rahmen der regelmäßigen Schulaktivität „Briefe an Soldaten“ den russischen Armeeangehörigen für ihren Dienst und ihr Heldentum danken. In Schulbüchern wird die Existenz der Ukraine ver-

leugnet. Ein gängiger Slogan der Erziehungspolitik lautet: „Ihr seid die zukünftigen Verteidiger unseres Vaterlands, Russlands!“

Zwangsfiltration, Verschleppung

„Ausmerzung“ von Widerstand durch Russifizierung: Millionen von ukrainischen Kriegsflüchtlingen in den besetzten Gebieten mussten sich bis Sommer 2022 einer würdevollen Untersuchung – „Filtration“ genannt – unterziehen, bei der Männer und Frauen getrennt wurden. Sie mussten sich nackt ausziehen und wurden nach proukrainischen Tätowierungen oder Ähnlichem untersucht. Alle Privatsachen, Autos wurden durchsucht, die Handydaten ausgelesen. Es folgten langwierige gewaltsame Verhöre und der Einsatz von Lügendetektoren.

Nach Angaben des UNHCR wurde bis Oktober 2022 die Mehrheit der in diesen Gebieten lebenden Menschen, nämlich 2,85 Millionen, nach Russland „evakuiert“. Mindestens 20.000 Kinder wurden nach Russland deportiert, wo sie russische Namen erhielten, russisch-patriotisch erzogen und zur Adoption an russische Eltern freigegeben werden.

Ukrainische Zivilisten in illegaler russischer Haft

Besonders schrecklich für betroffene Familien ist die Verschleppung von Zivilpersonen nach Russland mit dortiger Inhaftierung. Bislang konnte offiziell der Verbleib von 10.291 Personen identifiziert werden. Von über 50.000 Zivilisten fehlt jede Spur. In Briefen, die entlassene Mitgefangene an Angehörige schmuggeln konnten, berichten die Entführten, dass sie, ohne ein konkretes Verbrechen begangen zu haben, pauschal „wegen Widerstands gegen die SVO inhaftiert“ worden sind. SVO ist die russische Bezeichnung für „Spezialoperation“. Zu keiner einzigen Haft-

anstalt gibt es irgendeine Form von Zugang, weder für ukrainische Behörden, noch für Angehörige, weder für die UN oder OSZE, nicht einmal für das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK). Während bis Juni 2025 in 65 Gefangenenaustauschen 5.757 Kriegsgefangene heimgeholt werden konnten, fallen zivile Häftlinge nicht unter dieses Kriegsgefangenen-Austauschverfahren.

Systematische Misshandlung und Folter

Etwa 95 Prozent aller befragten, aus russischer Gefangenschaft freigelassenen Ukrainer berichten von grausamer Misshandlung und Folter wie wiederholten Schlägen, Elektroschocks, Hinrichtungsdrohungen, langwierigen Stresspositionen und Scheinhinrichtungen. Über die Hälfte von ihnen war sexueller Gewalt ausgesetzt. Die UN-Sonderberichtserstatlerin für Folter Alice Edwards konstatierte bereits 2023: „Für mich ist klar, dass Folter Teil der russischen Kriegspolitik und des russischen Kriegsapparats ist, sowohl von ukrainischen Zivilisten als auch von Kriegsgefangenen.“

Die IGFM beobachtet die Lage der Menschenrechte auf dem Gebiet Russlands und der Ukraine seit ihrer Gründung im Jahre 1972 ohne Unterbrechung. Die humanitäre Hilfe kam

versammlungen lassen wir Augenzeugen zu Wort kommen. Wir suchen politische Paten, die sich für die politischen Gefangenen zusätzlich zum Engagement der IGFM-Mitglieder



Ukrainische Kinder in der besetzten Region Luhansk singen in sowjetischen Militäruniformen sowjetische Lieder aus dem Zweiten Weltkrieg und salutieren.
Fotos: Propagandatelegramm des Senders LuhanMedia

nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion hinzu. Durch die menschenrechtsfeindliche Herrschaft Putins und insbesondere den russischen Überfall auf die Ukraine ist diese Region (dazu zählen auch Belarus und andere ehemalige Sowjetrepubliken) noch mehr in den Mittelpunkt der gesamten IGFM-Tätigkeit gerückt. Die humanitäre Hilfe der IGFM für die Opfer des russischen Überfalls hat schon längst 1,5 Millionen Euro überschritten. In der Berichterstattung, in Veranstaltungen, bei unseren Jahres-

und -Freunde einsetzen. Wir vergessen dabei nicht die russischen Menschenrechtsverteidiger und aktiven Gegner des Ukrainekriegs, die für ihren Mut zu langen Haftstrafen verurteilt wurden. Wir denken dabei besonders an die jugendlichen politischen Gefangenen, die mit unglaublicher Härte bestraft wurden und unsere Hilfe – finanzielle wie psychologische – benötigen, um durch die Kontakte zu ihren Verteidigern und Besuchen nächster Angehöriger

die Haft durchstehen zu können. Bitte besuchen Sie dazu unsere Webseite: igfm.de

Unsere nächsten humanitären Projekte für die Ukraine sind:

- Ein mobiles Röntgengerät für den Einsatz im Krankenhaus Druzhkivka, Region Donezk, das täglich bis zu 200 verletzte ukrainische Soldaten behandelt - Kosten ca. 35.000 Euro
- 500 bedarfsgerecht zusammengestellte Pakete (Lebensmittel, Hygiene, Medikamente) zur Verteilung durch unsere Sektion an alte Menschen, die durch Frontverschiebungen ihre Wohnungen verlassen müssen – veranschlagte Kosten ca. 10.000 Euro
- Kostenübernahme für den Transport einer Sachspende (100.000 OP-Bestecke) zum Krankenhaus in Kramatorsk, Region Donezk - Angebot 2.600 Euro

Das schaffen wir nur mit Ihrer Hilfe. Pater Jaroslaw Kaschuk von der Caritas Lemberg schrieb uns am 4. August 2025: „Ihre ehrenamtliche Tätigkeit – das Sammeln von Spenden, die Lieferung und der Transport von Hilfsgütern – ist ein bedeutender Beitrag in dieser für die Ukraine und die Ukrainer schwierigen Zeit.“

Kennwort für Ihre Spende: Ukraine (36)

Impressum

Herausgeber: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte - Deutsche Sektion e.V. (IGFM)
Edisonstraße 5 • D-60388 Frankfurt,
Tel.: 069 - 420 108 0 • Fax : 069 - 420 108 33
E-Mail: info@igfm.de Internet: www.igfm.de
UstIDNr. DE 1142 35 684

Redaktion: Michaela Koller und Karl Hafen
Erschließungsweise: monatlich
Druck: johnen-druck, Bernkastel-Kues
Satz und Layout: Manuel Kimmerle
Sektion Schweiz:
Geschäftsführer Hanspeter Hartmann
Clavanuovweg 14 • CH - 7249 Serneus
Telefon +41 44 586 45 45

Dieses Mitteilungsblatt wird an Mitglieder und Förderer der IGFM kostenlos verschickt. Hier geäußerte Meinungen stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein. Dieser Ausgabe liegt eine Zahlkarte der IGFM bei.

Bei Verfolgten, die nicht schon vor Beginn der Verfolgung Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens waren, wurde der Name aus Sicherheitsgründen geändert.

Um Kosten für Druck und Postgebühren einzusparen, können wir Ihnen diese Mitteilungen auch als PDF-Datei (Ansicht und Aufmachung wie gedruckt) zusenden.

Bitte schicken Sie uns dazu einfach eine E-Mail an info@igfm.de

Ihre Spende überweisen Sie bitte unter Angabe des entsprechenden Kennwortes oder der Kennziffer auf folgendes IGFM-Konto:
IBAN: DE93 3702 0500 0001 4036 00
Swift-BIC: BFSWDE33XXX
SozialBank



Die Finanzen der IGFM werden jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Den Prüfvermerk stellen wir auf Nachfrage gerne zur Verfügung.

Kein Lohn, kein Essen – und noch mehr Schulden

In der Regenzeit kämpfen Ziegeleiarbeiter und ihre Familien ums Überleben

„Wenn der Regen begann, dachten wir oft noch, dass er bald vorübergeht. Die Lehmklötze könnten später, wenn die Sonne wieder scheint, schon noch trocknen. Aber es gab immer neue Schauer und alles, was wir am Tag mühsam geschafft hatten, löste sich auf und wurde der Erde gleich, aus der wir die Klötze mühsam geformt hatten.“ Der 58-jährige Mushtaq Masih aus dem Distrikt Kasur in der pakistanischen Provinz Punjab schildert die verzweifelte Lage als Ziegeleiarbeiter in der Monsunzeit. Der christliche Vater von zehn Kindern verbrachte 26 harte Jahre seines Lebens in Schuldknechtschaft in einem Ziegelei-Betrieb. Er dankte kürzlich der IGFM und ihrer Partnerorganisation „Human Friends Organization“ (HFO) für die juristische und finanzielle Unterstützung, mit der es ihm gelang, aus dieser Lage zu entkommen.

Sajid Christopher von der HFO erklärte weiter zum Hintergrund: „Schuldknechtschaft ist eine Form der modernen Sklaverei und zwingt die Betroffenen dazu, unter extremer Ausbeutung zu arbeiten, um Schulden zurückzuzahlen. Sie ist illegal, und auch in Pakistan gesetzlich verboten, aber dennoch weit verbreitet. Um ihre Schulden abzarbeiten, müssen sich die Arbeiter harten Bedingungen unterwerfen; so dürfen sie sich nicht aus einem engen Umkreis der Brennofen-Anlage entfernen. Häufig geht diese Schuldenlast der Eltern auf ihre Kinder über, die ungeachtet ihres viel zu jungen Alters schwerste körperliche Arbeiten verrichten müssen, selbst wenn sie dadurch gesundheitlich chronisch beeinträchtigt werden.“

Mushtaq Masihs Haut wurde regelrecht unter der brennenden Sonne gegerbt, seine Hände zeigen viele Schwielen und seine Gesundheit ist angeschlagen. Unterstützt durch seine Frau Shamim Bibi und ihre Kinder ertrug er die schwere Last der Arbeit; sie begannen vor Sonnenaufgang und fertigten ihr Baumaterial bis lange nach Einbruch der Dunkelheit. Für die drei jüngsten Kinder im Alter von sieben, neun und 15 Jahren besteht nun aber Grund zur Freude, da für sie

endlich demnächst die Schule beginnt. Sie kannten ihr ganzes Leben bislang nur Arbeit: Den Eltern sahen sie beim Schuften zu und mussten selbst bereits im Vorschulkind-Alter



Die getrockneten Mauerziegel werden auf Eselskarren zum Ofen transportiert. Im Vordergrund sind bereits gebrannte Backsteine zu sehen. Foto: M. Koller



Mushtaq Masih ist dankbar dafür, nun ein selbstbestimmtes Leben beginnen zu können. Foto: HFO

mitanpacken. Um durchschnittlich drei Euro Tageslohn bezahlt zu bekommen, musste die gesamte Familie ungefähr 14 Stunden am Tag mithelfen.

Der jeweilige Schuldenberg ist in der Regel unüberwindbar, denn er nimmt nicht allein aufgrund der Wucherzinsen zu, sondern auch durch Aufnahme weiterer Schulden, wenn sich die Arbeiter aufgrund von Verdienstaufschlägen Geld zur Versorgung ihrer Familien leihen müssen. Das geschieht meistens in der Monsunzeit. So geriet auch Mushtaq Masih und seine Familie in die Abhängigkeit seines Arbeitgebers, der diese Situation ausnutzte und die Arbeitskraft ausbeutete. So wie er keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erhielt, zahlte ihm der Betrieb auch nichts

in der Regenzeit, wenn er wochenlang keine Backsteine herstellen und brennen konnte.

Seit 2024 besteht eine enge Partnerschaft der IGFM mit der „Human Friends Organization“ in Pakistan. Wir bemühen uns gemeinsam, das Schicksal der Ziegeleiarbeiter-Familien zu mildern, die überwiegend religiösen Minderheiten angehören, darunter überproportional viele Christen, die knapp zwei Prozent der Bevölkerung Pakistans ausmachen. Diejenigen, deren Kinder besonders gefährdet sind, befreien wir aus dieser Lage. Im Vorfeld sind dazu Verhandlungen mit dem Management oder den Eigentümern des Betriebs notwendig, die viel Fingerspitzengefühl erfordern und Zeit in Anspruch nehmen.

Auf diesem Weg kann nur den dramatischsten Schicksalen abgeholfen werden. Um das Problem gleichsam bei der Wurzel anzupacken, richten sich zugleich Appelle der IGFM an die Regierung in Islamabad, das Gesetz zur Abschaffung der Schuldknechtschaft von 1992 endlich breitenwirksam durchzusetzen. Es gibt aber zudem noch die akute Not zahlreicher anderer Arbeiterfamilien, von der die IGFM durch ihre Partner vor Ort erfährt.

Sajid Christopher von der HFO schrieb uns am 6. August 2025: „Seit diesem Juli haben hier in Pakistan starke Regenfälle eingesetzt. Die Felder der Ziegeleien wurden zu Schlamm-Seen. Die Beschäftigten erhalten seit dieser Zeit keinen Lohn. Ihnen fehlt nun das Nötigste zum Leben und angesichts der Kreditlast verschärft sich ihre Situation. Zur Überbrückung in der Regenzeit bitten wir um finanzielle Unterstützung für Lebensmittel, Medizin und anderen dringenden Bedarf.“ Sajid Christopher kümmert sich mit seinem Team der HFO aktuell um 20 Familien, die unter Schuldknechtschaft leiden. Mit 200 Euro kann einer Familie schon das Überleben in der Regenzeit gesichert werden.

**Kennwort für Ihre Spende:
Christen in Pakistan (46)**